

Politik 2.0

Werden Sie sich für eine Transparenzregelung analog zum Hamburger Transparenzgesetz einsetzen?

Eine moderne Stadt lebt von Offenheit, von Mut zum Neuen. Schon im Landtag habe ich mich für mehr Transparenz – auch mithilfe moderner Medien – eingesetzt. Nach dem Hamburger Vorbild wird die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen in Kürze ein neues Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg bringen. Wir wollen Open Data gewährleisten – nicht nur, weil das zu einer bürgernahen Verwaltung einfach dazu gehört, sondern weil offene Daten auch ein nützliches Werkzeug für die Informations- und Kreativwirtschaft sein können.

Halten Sie eine Bürgerbeteiligung wie bei Liquid Friesland für machbar und setzen sich für diese Art der Bürgerbeteiligung ein? Welche anderen Arten der Bürgerbeteiligung wollen Sie forcieren?

Ich halte Liquid Feedback und ähnliche Plattformen für eine Bereicherung des politischen Zusammenlebens und -arbeitens in einer Großstadt, aber auch in den Stadtteilen. Deshalb bin ich offen dafür, die Erfahrungen in Friesland zu prüfen und zu schauen, was in Hannover passt. Am Ende geht es mir aber immer darum, dass die Qualität der Partizipationsmöglichkeiten stimmt. Und deshalb würde ich als Oberbürgermeister auch „offline“ alles dafür tun, um Beteiligung konkret herzustellen: Mit der klassischen BürgerInnensprechstunde, vor allem aber auch mit Dialogform(at)en, in denen wir die wichtigen Akteure der Stadtgesellschaft einbinden. Dabei können auch online- und offline-Formate zusammenwirken – entscheidend ist, dass sich alle, denen Hannover am Herzen liegt, auch beteiligen können.

Werden Sie die Voraussetzungen für kostenfreies WLAN und Internet-Terminals in Parks, öffentlichen Plätzen, im ÖPNV und öffentlichen Gebäuden schaffen?

Schnelles Internet, für alle, überall: Das ist eine wichtige Infrastrukturaufgaben der Zukunft – und ganz nebenbei übrigens auch eine der bedeutenden Standortfaktoren für die Wirtschaft unserer Stadt. Zurzeit sind die SPD-geführten Bundesländer dabei, über eine Bundesratsinitiative Rechtssicherheit für Betreiber von öffentlichen WLANs herzustellen –

davon sind dann auch Kommunen betroffen. Als Oberbürgermeister werde ich dieses Thema vorantreiben und mich vor allem dafür einsetzen, wichtige Partner mit ins Boot zu holen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Möglichkeiten für Videostreaming aus den Sitzungen des Stadtrats und den Ausschüssen schaffen?

Kurz: Ja. Ich werde prüfen lassen, wie ein solches Angebot barrierefrei und mit vertretbaren Kosten nach und nach umgesetzt werden kann. Dazu werde ich vor allem mit den im Rat vertretenen Fraktionen in den Dialog treten. Auf h1 können übrigens die Sitzungen des Stadtrates verfolgt werden. Die Ausschusssitzungen sind auch jetzt schon öffentlich und können direkt vor Ort verfolgt werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in allen Ausschusssitzungen eine BürgerInnenfragestunde vorgeschaltet ist?

Als Oberbürgermeister werde ich alle Spielräume, die jetzt bereits in der Kommunalverfassung vorhanden sind, nutzen, um mehr BürgerInnenbeteiligung herzustellen. Die derzeitige Regelung erscheint mir sinnvoll. Die Ausschüsse können beschließen, dass in einem zeitlich bestimmten Teil einer ihrer nächsten öffentlichen Sitzungen eine Einwohnerfragestunde stattfindet. Dort kann jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Landeshauptstadt Hannover Fragen zu Beratungsgegenständen der Ausschusssitzung und zu anderen Angelegenheiten des Zuständigkeitsbereiches des Ausschusses stellen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, mit einer Flexibilisierung der Öffnungszeiten dafür zu sorgen, dass bei regelmäßigen Arbeitszeiten sichergestellt ist, innerhalb einer Woche die Dienste von Bürgerämtern persönlich in Anspruch nehmen zu können?

Unsere bürgernahe Verwaltung bietet jetzt schon bürgerfreundliche Öffnungszeiten an – das liegt auf der Hand. Die Angebote der Bürgerämter werden ständig auf Kundenfreundlichkeit überprüft – am Ende wird es immer eine Lösung geben, die Servicequalität und -quantität und die Arbeitsbedingungen für die städtischen Beschäftigten sinnvoll verbindet.

Mehr Demokratie

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Institutionen wie das Bürgerbüro Stadtentwicklung wieder mit finanziellen Mitteln wie vor der Kommunalwahl 2011 ausgestattet wird?

Das bleibt abzuwarten.

Werden Sie für den Einsatz freier Software auf städtischen EDV-Systemen eintreten?

Open Source ist für mich kein Neuland, sondern ich nutze quelloffene und freie Software wie die meisten Menschen auch selbst bei meiner Arbeit. Deshalb liegt es auf der Hand, den Einsatz auch in städtischen Systemen zu prüfen. Am Ende ist entscheidend: Kosten und Nutzen und natürlich Sicherheitsvorkehrungen müssen zusammenpassen. Übrigens: Viel wichtiger ist noch, wie wir als Verwaltung Daten nach außen hin zur Verfügung stellen – dabei muss es vor allem darum gehen, Plattformunabhängigkeit, Barrierefreiheit und Maschinenlesbarkeit sicherzustellen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, bei der Planung von öffentlichen Veranstaltungen (z.B. dem autofreien Sonntag) zukünftig eine Bürgerbeteiligung zuzulassen?

Das ist eine gute Anregung, die man diskutieren kann. Die Beteiligung ist jetzt aber auch schon hoch.

Werden Sie sich für die verstärkte Durchführung von Bürgerbefragungen wie bspw. im Fall der EXPO 2000 einsetzen? Wenn ja, was sind die Kriterien für eine Durchführung? Gibt es Einschränkungen hinsichtlich der befragten Bürger?

Werden Sie sich dafür einsetzen, zusätzlich zu den in der Kommunalverfassung verankerten Gremien Bürgerräte einzurichten, um somit ohne große Kosten ein Stimmungsbild der Bevölkerung zu bekommen? Was wären in diesem Fall die Kriterien zur Auswahl der Bürger?

Das gilt für beide Fragen, ich schließe keine Form passender Beteiligung aus.

Bildung

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Lehrmittelfreiheit an öffentlichen Schulen einzuführen, bspw. durch Anschaffung von freien Werken?

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich vor allem gleiche Bildungschancen. Und das fängt bei der Lehr- und Lernmittelfreiheit an – dafür sind wir als Schulträger auch mit zuständig. Die Nutzung von lizenzfreien Werken, aber vor allem auch digitalen Unterrichtsmaterialien ist dabei der richtige Weg. In einer Reihe von Kommunen gibt es dazu bereits Modellprojekte, von denen wir in Hannover lernen können. Fest steht: Als CeBIT-Stadt können wir Vorreiter bei der Anwendung digitaler Unterrichtsmaterialien werden – dafür werde ich mich als Oberbürgermeister einsetzen.

Werden Sie weitere Anstrengungen unternehmen, die KiTa-Plätze auszubauen? Wenn ja, bis zu welcher Größenordnung (%-satz der betreuten Kinder) und innerhalb welcher Zeit? Wie meinen Sie, kann das dafür notwendige Personal akquiriert werden?

Alle Eltern, die einen KiTa-Platz für ihre Kinder möchten, sollen diesen auch bekommen. Der Bedarf ist entscheidend. Dafür wird die Stadt weiter an der jetzt schon sehr guten Versorgungsquote (derzeit von 56% in Krippen und über 99% in Kindergärten) arbeiten. Parallel wird das Thema Qualität immer bedeutender.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der KiTa-Besuch unter Ihnen kostenfrei sein wird?

Langfristig ist bundesweit anzustreben, Bildung kostenfrei anzubieten. Auch im Rahmen dieser Bundestagswahl ist dieses aktuell ein Thema.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass unter Ihrer Führung die Einrichtung von sog. Laptopklassen finanziell unterschätzt?

Es wird derzeit an einem Medienentwicklungsplan gearbeitet. Laptops oder besser Tablets werden langfristig zum Unterricht dazu gehören.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass unter Ihrer Führung die Einrichtung von E-Book-Reader in den Klassen 2-6 finanziell unterstützt?

Auch dazu gibt es andernorts gute Modellprojekte. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir hier an den Start gehen und erste Schulen dafür gewinnen. Meine Vorstellung von moderner Schule in der Zukunft ist jedenfalls klar: Ein Tablet gehört für jedes Kind dazu – dafür

müssen wir den Einstieg in eine Finanzierung durch Förderung von anderen Ebenen und Dritten schaffen. Ebenso wichtig ist, neben den technischen Voraussetzungen, aber auch ein Medienkonzept und ein Medienentwicklungsplanung. Ohne das geht es nicht.

Werden Sie sich für eine räumliche Erweiterung des VHS-Angebots einsetzen? Und ggf. auch für eine inhaltliche? Wenn ja, in welchen Bereichen?

Das Angebot der VHS ist sehr umfangreich, wird ständig angepasst und an den Bedarfen und Notwendigkeiten verschiedenster Zielgruppen ausgerichtet.

Werden Sie für eine verstärkte Förderung des Kennenlernens unserer Sprache, Rechte, Kultur und Sozialordnung bei neu zuziehenden Bürgern mit Migrationshintergrund anstreben?

Wir haben in Hannover mit dem Lokalen Integrationsplan ein breit angelegtes Konzept, das für ein gutes Miteinander von Menschen aus vielen unterschiedlichen Ländern gesorgt hat und weiter sorgt. Hannover ist eine internationale Stadt. Das werde ich weiter fördern.

Welchen Anteil solle Ihrer Meinung der Bereich der Kinder- und Jugendförderung im Bereich der Freizeitbeschäftigungen haben?

Weiter einen gewichtigen. Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit sollte auch ausgebaut werden.

Verkehr

Werden die bestehenden Geschwindigkeitsregelungen beibehalten oder kommt es mit Ihnen zur Einrichtung weiterer Tempo-30-Zonen?

Die Geschwindigkeitsregelungen unterliegen aus Gründen der Verkehrssicherheit einer ständigen Überprüfung, so ist zuletzt z.B. auf der nördlichen Vahrenwalder Straße die Geschwindigkeit von 70 auf 50 km/h reduziert worden. In der Südstadt und Mitte sind weitere Tempo 30-Strecken und –Zonen schon vom Rat beschlossen und sollen umgesetzt werden. Ebenfalls vom Rat beschlossen ist die Temporeduzierung vor Schulen und Kindereinrichtungen, z.B. vor der Waldorfschule in der Südstadt. Auch beim Thema Lärmschutz ist die Geschwindigkeitsreduzierung ein sehr wirksames Mittel.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Geschwindigkeitskontrollen ausschließlich an nachweislichen Gefahrenstellen durchzuführen?

Die Geschwindigkeitskontrollen sollten aus Gründen der Verkehrssicherheit wie bisher weitergeführt werden.

Werden Sie sich für die Beibehaltung der Umweltzone einsetzen? Wenn ja, warum?

Solange die gesetzlichen Vorgaben zur Luftreinhaltung bei Feinstaub und Stickoxiden nicht erreicht werden, besteht kein Grund, über die Abschaffung der Umweltzone zu diskutieren. Die EU-Vorgaben sind da sehr eindeutig und streng.

Werden Sie für eine Verbesserung der Verkehrsbedingungen für mobilitätsbeschränkte Mitbürger eintreten, z.B. durch durchgehende Absenkung von Bürgersteigen oder Austausch von Kopfsteinpflaster?

Die Absenkung von Bordsteinen an Straßenübergängen etc. ist eine Daueraufgabe der Bauverwaltung und wird durch einen globalen Haushaltsansatz meist sofort erledigt, wenn Hinweise aus den Bezirksräten vorliegen. Zum Thema Austausch Kopfsteinpflaster hat der Rat der Verwaltung im vergangenen Jahr einen Arbeitsauftrag erteilt und einen Haushaltsansatz zur Verfügung gestellt. Bei Neubau und Grunderneuerungsmaßnahmen sollte immer im Einzelfall im Dialog entschieden werden, ob man aus Gestaltungsgründen z.B. Parkstände mit Kopfsteinpflaster befestigen kann.

Werden Sie nachhaltige Straßenerneuerung gegenüber den bisherigen, meist nur kurzfristig wirksamen, Ausbesserungsarbeiten bevorzugen?

Dies lässt sich pauschal so nicht beantworten, weil ein Loch in der Straße schon aus Verkehrssicherungsgründen gleich erst mal geflickt werden muss. Bis zu einem bestimmten Grad ist es sicherlich günstiger, Risse in der Straße zu verschließen, damit kein Wasser eindringen kann und den Straßenkörper zerstört. Natürlich unterliegen Straßen einem Verschleiß und ihre Haltbarkeit ist je nach Benutzung begrenzt. Die Haltbarkeit lässt sich dann durch einige Maßnahmen wie Oberflächensanierung ein wenig verlängern. Irgendwann hilft nur noch die Grundsanierung. Dafür habe ich mich in den vergangenen Monaten ausgesprochen. Ein entsprechendes Konzept würde nach der Wahl zu diskutieren sein.

Werden Sie sich für einen umlagefinanzierten ÖPNV im Bereich der durch ÜSTRA und RVH bedienten Abschnitte einsetzen?

Die kostenlose Benutzung der Busse und Bahnen hier in der Stadt und der Region Hannover könnte ein Ziel für die Zukunft sein und wäre sicherlich auch wünschenswert im Sinn einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Ansätze dazu hat es in den vergangenen Jahrzehnten immer mal wieder in einigen Städten im In- und Ausland gegeben. Bisläng hat keine Idee zum Ziel geführt. Es scheitert derzeit schlicht am Geld, denn woher sollen die entfallenden Einnahmen aus den Fahrpreisen für ÜSTRA und RVH kommen?

Werden unter Ihrer Führung konsequent alle Straßenlaternen auf LED-Technik umgestellt? Wenn ja, wird das im Rahmen der laufenden Unterhaltung durch die Stadt finanziert (schließlich spart die Stadt damit ja langfristig Stromkosten) oder sollen die Anlieger mit den Kosten der Umstellung belastet werden?

Seit 2009 arbeitet die Landeshauptstadt zusammen mit den Stadtwerken an der Alltagstauglichkeit der stromsparenden LED-Leuchten. Im vergangenen Jahr wurde schon entschieden, dass für den Neubau und Ersatzneubau nur noch LED-Leuchten eingesetzt werden. Anlieger werden bei einem Lampentausch im Rahmen von Unterhaltungsmaßnahmen nicht belastet.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass unnötige Ampelanlagen abgeschaltet und rückgebaut werden?

Ja, wenn es aus Verkehrssicherheitsgründen möglich ist.

Sollten Ampelanlagen in Schwachlastzeiten abgeschaltet werden?

Ja, wenn es aus Verkehrssicherheitsgründen möglich ist.

Kreuzungen mit Schienentrassen auf Warnlichter umgerüstet werden? Ampelanlagen so geschaltet werden, dass es auf den Hauptverkehrsstraßen zu einer Grünen Welle kommt?

Kreuzungen mit Schienentrassen werden nach den bestehenden gesetzlichen Regelungen gesichert. Die schon jetzt ständig stattfindenden Bemühungen zur Verbesserung der Verkehrsleittechnik und der Einsatz der neuesten Verkehrsrechner bzw. Verkehrssteuerungsprogramme wird weiter fortgesetzt. Alles andere ist hier in Hannover ein Klagen auf höchstem Niveau und eine Phantomdiskussion. Die Beantwortung würde hier jeden Rahmen sprengen, für konkrete Fragen und Anregungen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Werden Sie sich für den Umbau bestehender Ein-Richtungsradwege in Zwei-Richtungsradwege einsetzen, um damit einer verstärkten Bußgelderhebung von Fahren entgegen der Fahrtrichtung auf Ein-Richtungsradwegen entgegen zu wirken?

Zwei-Richtungsradwege brauchen bestimmte Mindestbreiten, die häufig nicht vorhanden sind. Aus Verkehrssicherheitsgründen sollten sie nie die erste Wahl sein. Durch die starke Zunahme der schnelleren Elektrofahrräder kommt ein neues Element in die Diskussion. Die Radwege sind dabei nicht so sehr das Problem, es gilt an der Ursache zu arbeiten, der leichteren Überquerung von Kreuzungen.

Setzen Sie sich für eine direkte Radwegeverbindung von der Calenberger Neustadt über die Ida-Arenhold-Brücke durch das Ihme-Zentrum nach Linden ein? Wenn ja, wie werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Nutzung von Privatgelände geschaffen?

Dies ist schon Beschlusslage des Rates. Hier kann wohl erst weitergearbeitet werden, wenn auf Seiten des Ihme-Zentrums ein neuer Eigentümer und damit Ansprechpartner gefunden wurde.

Angesichts der Tatsache, dass ca. 84% aller gefahrenen Personenkilometer in Deutschland mit dem Pkw zurückgelegt werden und nur ca. 15% mit Bus und Bahn: werden Sie sich für eine Gleichberechtigung des motorisierten Individualverkehrs gegenüber dem ÖPNV einsetzen? Wie stehen Sie zur Idee des umlagefinanzierten ÖPNV?

Die Zusammensetzung des Verkehrs in der Großstadt Hannover sieht anders aus. Auf dem letzten Kilometer sind Autofahrer auch Fußgänger und ÖPNV-Nutzer ebenfalls. Die Bevölkerung wird älter und damit nicht mehr so mobil, d.h. die Menschen in den Stadtteilen werden zukünftig mehr zu Fuß unterwegs sein. Von daher stehen erst einmal alle Verkehrsarten - Autofahrer, ÖPNV-Nutzer, Radfahrer und Fußgänger- gleichberechtigt nebeneinander. Einen besonderen Schutz und damit Vorrang brauchen aber Kinder, Ältere und Mobilitätseingeschränkte.

Umlagefinanzierter ÖPNV: siehe oben

Stadtentwicklung

Werden Sie sich dafür einsetzen, öffentliche Toiletten mit mindestens einer Gelegenheit für Rollstuhlfahrer*innen auszustatten?

Barrierefreies Bauen gehört heute zu unserem städtebaulichen Standard. In Zukunft sollte die barrierefreie Gestaltung selbstverständlich sein. Bei Planungen sollte von Anfang an daran gedacht werden. Entsprechende Hinweise sind von der Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Hannover in den Planungs- und Ausführungshinweisen für öffentliche Gebäude veröffentlicht worden.

Werden Sie für die Einrichtung eines Altlastenfonds eintreten, der dann zum Tragen kommt, wenn der Verursacher nicht mehr greifbar ist?

Für diese Fälle hat Hannover – auf kommunaler Ebene einmalig – im vergangenen Jahr einen Altlastenfond eingerichtet. Wenn ein Verursacher greifbar ist, hat dieser für den Schaden allein aufzukommen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Einflussnahme der Stadtverwaltung auf die Zukunft des Ihme-Zentrums? Kommt für Sie ein Abriss in Frage? Von welchen Kosten gehen Sie in diesem Zusammenhang aus?

Die Möglichkeiten der Einflussnahme hat die Stadt in den vergangenen Jahren genutzt. Zusammen mit den Stadtwerken hat sie zwei Hochhäuser angemietet. Die Blumenauer Straße wurde komplett neu umgebaut. Mehrere Millionen Städtebaufördermittel standen zur Verfügung. Was passiert, wenn sich kein neuer Investor findet, vermag ich mir nicht auszumalen. Die Wohnungen stehen dann quasi in der Luft. Nun steht ein neuer Interessent vor der Tür. Die Verhandlungen zwischen Insolvenzverwalter, Banken und Investor sollten abgewartet werden.

Werden Sie darauf bestehen, dass bei Neubauten von Wohnraum ein gewisser Anteil mietpreisgebunden sein wird? Wenn ja, wie hoch wird dieser Anteil sein? Und welche Miethöhe im Verhältnis zur Vergleichsmiete halten Sie für angemessen?

Wo die Stadt ihren unmittelbaren Einfluss geltend machen kann, z.B. als Besitzer von Grund- und Boden, geschieht dies schon, denn sonst können die geplanten 600 Wohneinheiten nicht umgesetzt werden. Dies wird auch fortgesetzt, wobei der Anteil immer variabel sein wird - je nach Lage und Haustyp ohne die Nachbarschaft zu strapazieren. Die Miete wird nach den derzeit bestehenden gesetzlichen Regelungen 5,40 € betragen.

Werden Sie sich für Projekte zur legalen Anbringung von Graffiti einsetzen? Werden Sie Privateigentümer bei der Entfernung illegaler Graffitis finanziell unterstützen? Wird es regelmäßige Säuberungen von öffentlichen Bauwerken (z.B. Ida-Arenhold-Brücke oder die neuen Hochwasserschutzmauern entlang der Ihme) geben? Wenn ja, in welchen Abständen?

Wo es möglich ist, können Projekte zum legalen Spraysen durchgeführt werden, z.B. Teile der neuen Betonflächen entlang der Ihme. Grundsätzlich ist das Spraysen auf Wände privater Hauseigentümer eine Straftat und sollte von der Polizei mit aller Konsequenz verfolgt werden. Illegal besprühte Flächen sollten schnell wie möglich gereinigt werden.

Wie stehen Sie zu der Planung der Stadt Hannover, 1.000 Kleingärten zu Bauland und Gewerbeflächen machen zu wollen?

Ziel der Landeshauptstadt ist es, in den nächsten Jahren den Wohnungsbau anzukurbeln und vor allem neue preisgünstige Mietwohnungen zu bekommen. Vorläufig sind 600 Wohnungen geplant, die gefördert werden sollen. Derzeit arbeitet die Verwaltung mit Hochdruck an der Bauleitplanung. Ein Teil des Neubaus wird sich sicherlich auch auf ehemaligen Kleingartenflächen abspielen. Wie viel, das vermag heute noch niemand zu sagen. Die Verwaltung steht dort mit dem Bezirksverband der Kleingärtner in konstruktiven Gesprächen, wie man hört. Und eine Bemerkung, weil ich häufiger angesprochen werde: Die

zerstörte Kolonie Bischofshole – im privatem Besitz – war ausgewiesene Kleingartenfläche und wird es auch weiter bleiben. Dies wird kein Wohnbauland!

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt gemeinsam mit den Kleingartenverbänden eine einvernehmliche, langfristige Planung erstellt? Wie kann diese Ihrer Meinung nach aussehen?

Nach der Vereinbarung (1996) zwischen dem Bezirksverband der Kleingärtner und der Stadt ist der Bezirksverband für die Planung etc. zuständig. Die Verwaltung der Stadt wird die Kleingärtner sicherlich gern bei dem Vorhaben unterstützen. Wichtig ist, dass die Pläne nicht in einer Schublade verschwinden, sondern eine realistische Chance zur Umsetzung haben. Dies beginnt mit der Gestaltung der Kolonien, geht über die unterschiedlichen Nutzungsansprüche und Nutzungswünsche an den Garten selbst, das Zusammenleben und –arbeiten in den Kolonien bis hin zur Darstellung nach außen zur Werbung neuer Nachbarn. Nach meinen Beobachtungen gibt es Kolonien und Vereine, da brummt es richtig und andere verkümmern. Wir werden da genau schauen müssen, denn ich habe kein Interesse, gewachsene und funktionierende Strukturen zu zerstören.

Finanzen

Bis wann glauben Sie, dass die Stadt ihre Schulden signifikant und dauerhaft senken kann? Wie soll das geschehen?

Die Stadt senkt ihre Schulden bereits! Der von Dezernent Herrn Marc Hansmann eingeschlagene Weg muss weiter verfolgt werden. Unsere Ziele sind ausgeglichene Haushalte, auskömmliche Einnahmen (eine Gemeindefinanzreform muss langfristig durch den Bund gewährleistet werden) und der Abbau von Schulden und Altschulden.

Werden unter Ihrer Führung weitere Kürzungen im sozialen Bereich erfolgen? Wird es zur weiteren Schließung öffentlicher Einrichtungen kommen? Wenn ja, welcher?

Die soziale Infrastruktur in Hannover hat sich bewährt und soll weiter erhalten bleiben. Hannover ist eine soziale Stadt und kämpft gegen soziale Ungleichheit.

Werden Sie sich für den Abbau von Bürokratie und Verschlinkung der Verwaltung einsetzen? Wenn ja, haben Sie dazu schon konkrete Vorschläge?

Im Zentrum meiner Überlegungen steht die Stärkung der Kommunalen Daseinsvorsorge. Dazu werde ich mich auf allen Ebenen einsetzen. Die Bürger- und Bürgerinnenfreundlichkeit,

manche sprechen auch von Kundenfreundlichkeit, kann weiter ausgebaut werden. Für die Anliegen der Wirtschaft muss es stets um eine schlanke fachbereichsübergreifende Bearbeitung von Anträgen gehen, das nützt unseren Interessen, hier am Standort Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Abschließendes

Glauben Sie, als Mitglied einer (momentan oder nach der nächsten Kommunalwahl nicht) der Ratsmehrheit angehörenden Partei, die bislang gemachten Aussagen umsetzen zu können?

Ich werde mich stets bemühen.

Gibt es sonstige Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit ihre bislang gemachten Aussagen verwirklicht werden?

Überzeugungskraft, Mehrheiten und entsprechende finanzielle Möglichkeiten.